

# Wöchentliches Anzeiger

für Deutschern

und Umgegend

Abgabepreis: Die schlagballene Korpuskelle 8.—M., Wellenlinie 14.—M.

Abgabepreis: Die schlagballene Korpuskelle 8.—M., Wellenlinie 14.—M.

Abgabepreis: Die schlagballene Korpuskelle 8.—M., Wellenlinie 14.—M.



Monatlicher Bezugspreis: ... 65.00 M.

Stierjährlinge und monatliche Bezüge werden außer in der ...

Ausliches Verbandsorgan für die Stadt ...

Nr 137

Dienstag, den 21. November 1922.

61. Jahre

## Der zweite Auftrag Cunos.

— Berlin, den 19. November.

Die Mission Cunos fand gestern bereits vor dem Scheitern. Im dem Erfolge seiner Bemühungen, ein Kabinett zustande zu bringen, verjüngte, richtete Dr. Cuno an den Reichspräsidenten einen Brief, in dem er erklärte, seine Aufgabe würde an dem Verhalten der Parteien scheitern. Zwar seien alle Parteien, die in Betracht kommen, darüber einig, daß sie das Programm der Reparationsnote vom 30. November als das richtige anerkennen. Aber jede der Parteien habe sich dazu verweigert, bestimmte Personen in dem zukünftigen Kabinett zu sehen, und die anderen Parteien haben immer gerade jeweils Personen als für sie unannehmbar erklärt. Nach einer nochmaligen Ansprache mit Dr. Cuno hat darauf der Reichspräsident Dr. Cuno schriftlich beauftragt, nimmere den Versuch zu machen, ein Kabinett zustande zu bringen, das über den Parteien steht, und mit diesem Kabinett vor den Reichstag zu treten. Der „Vorwärts“ bezeichnete gestern Abend ein Gerücht, wonach Stresemann mit der Kabinettsbildung beauftragt werden sollte, falls Dr. Cunos Bemühungen scheitern sollten.

## Poincaré über die Marktwertung.

Ein Vertrauensvotum-Erfolg.

Die große Interpellationsdebatte in der Pariser Kammer nahm nach einer großen Rede Poincarés infolgedessen einen überraschenden Ausgang, als sie nicht mit dem üblichen Vertrauensvotum endete. Die Kammer nahm vielmehr mit 402 gegen 71 Stimmen einen Antrag Poincarés an, die Weiterberatung um einen Monat zu vertagen. Im Sinne des modernen Parlamentarismus bedeutet das einen Erfolg Poincarés, der somit jedenfalls für einen Monat wieder fest im Sattel sitzt.

## Die Rede Poincarés

begann mit den üblichen Versicherungen von der Friedensliebe Frankreichs und dann folgte der ebenso übliche Appell an die Einigkeit der Alliierten, die vor allem heute werden müsse. Umgekehrt, so sagt Poincaré, ist die Zahlungsfähigkeit Deutschlands augenblicklich verringert. Aber ich glaube, daß diese Lage, die übrigens Deutschland selber verschuldet hat, schnell gebessert werden könnte. Die Stunde ist jetzt gekommen, wo die Alliierten sich über die Maßnahmen einig werden müssen, die gegenüber dem deutschen Zahlungswesen zu ergreifen haben. Deutschland hat nach Beendigung des Krieges die Anzahl und Entlohnung seiner Beamten systematisch erhöht. Es hat seine Kanäle und Eisenbahnen ausgebaut und nach allen Seiten Geld ausgegeben, ohne neue Steuern auszusprechen und die alten einzuziehen. Danach darf es jetzt nicht behaupten, daß die Entwertung der Mark von der Größe der deutschen Schuld und der geleisteten Zahlungen herrühre. Die Hauptursache ist in der

## Anordnung des Budgets,

die Deutschland genötigt oder mindestens gebüdet hat, zu suchen. (Beifall.) Ohne Zweifel gibt es noch ergänzende Ursachen, die diesen Fall bestimmten. Die deutsche Handelsbilanz soll, was allerdings sehr früher festzustellen ist, positiv sein. Solange die geforderte Finanzkontrolle nicht funktioniert, werden wir nicht wissen, woran wir uns zu halten haben.

Der Redner erkennt allerdings an, daß Deutschland so wenig wie andere Länder im Augenblick seine auswärtigen Schulden mit Geld bezahlen könnte. Es könnte aber diese Schulden durch Ueberlassung von Auslandsforderungen begleichen; denn Deutschland sei in der Lage, sich Auslandsforderungen zu verschaffen, wenn es seine Finanzen reformiere. Andererseits könne Deutschland durch Sachlieferungen und durch Leistung von Arbeit, sei es im gerüsteten Gebiet, sei es bei öffentlichen Arbeiten von außerordentlichem Art, zahlen.

Poincaré kritisierte dann die Vorschläge des Abgeordneten Maynard, die sich auf die Uebertragung eines Teiles der deutschen Industrie auf das Ausland beziehen. Als letztes und sicherstes Mittel bliebe für die Zahlung der deutschen Reparationsschulden

## eine deutsche Auslandsanleihe

oder mehrere solcher Anleihen übrig. Bevor eine solche Anleihe jedoch zustande komme, müsse die deutsche Währung stabilisiert werden. Frankreich werde ebenfalls seine Aufgabe lösen, die ihm der Besieger Vertrag geliefert hat. Die bisherige englische Politik sei eine negative Politik, die auf die Dauer nicht ausreiche. Frankreich habe das Recht auf seiner Seite. In Brüssel müsse man alles tun, um Frankreich dieses Recht zu verschaffen.

## Die Konferenz von Lausanne.

England und die Balkanstaaten.

In diesem Montag nachmittag findet in Lausanne die feierliche Eröffnung der Delegationen durch die schweizerischen Bundespräsidenten Dr. Haub statt. Die Vertreter der verschiedenen an der Konferenz teilnehmenden Staaten sind gestern am Sonntag in eine Begegnung Poincarés, Lud Cursons und Mussolinis in der Ferret bei Lausanne vorgezogen. Ob die Bemühungen, Frankreich und England bei dieser Konferenz unter einen Hut zu bringen, von Erfolg gekrönt sein werden, bleibt abzuwarten. Die Stellung Laundes dürfte jedenfalls dadurch eine Stärkung erfahren, daß ihm die Balkanstaaten bei seinen hauptsächlichsten Forderungen Gefolgschaft leisten. So erklärte der rumänische Außenminister Dica, der Rumänien in Lausanne vertritt, vor seiner Abreise, das Hauptziel Rumäniens sei eine vollständige Freiheit der Meerengen. Die Weltruber Presse erklärt, offenbar auf Grund amtlicher Informationen, die Verbündeten müßten in Lausanne mit der Aufgabe rechnen, daß der Vertrag zwar die Griechen aber nicht die Verbündeten befreit habe. Die Verbündeten müßten dafür sorgen, daß eine Ausbreitung der türkischen Macht auf den christlichen Balkan unbedingt verhindert werde, da in dieser Hinsicht England die Führung übernommen habe, müßten sich die Balkanstaaten der Aktion Englands anschließen.

Die rumänische Regierung hat in London den Antrag gestellt, daß zwischen der Türkei und Bulgarien eine unter internationale Garantie gestellte neutrale Zone geschaffen werde, die dem Sogbe des rumänischen und jugoslawischen Seeres anvertraut werden soll. Wie aus London gemeldet wird, ist der rumänische Antrag von britischer Seite angenommen worden.

## Das Endergebnis der englischen Wahlen.

Konservative Mehrheit von 100 Stimmen.

Nach dem nunmehr vorliegenden Wahlergebnis der englischen Wahlen ist hervorzuheben, daß die konservativen Mehrheit abgeschlossen haben. Die konservativen haben 358 Sitze zu werden demnach im Unterhaus eine Mehrheit von rund 100 Stimmen (358 gegen 257) über alle anderen Parteien besitzen. Die Arbeiterpartei hat es von 75 auf 138 Sitze gebracht. Sie wird nun die offizielle Oppositionspartei sein. Für die Liberalen ist der durch Lloyd George verursachte Spaltungsvorgang verhängnisvoll geworden. Die Liberalen Lloyd Georges haben nur 54 Sitze gegenüber 121 erhalten, während die Liberalen Asquiths eine kleine Verbesserung von 52 gegenüber 34 Stimmen zu verzeichnen haben. Von den weiblichen Kandidaten wurden nur drei gewählt.

## Die Hoffnungen der Arbeiterpartei.

Die Arbeiterpartei weißtänstigt jetzt sofort nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses eine Erklärung, in der sie u. a. sagt, daß der Wahlsieg der Arbeiterpartei größer sei, als der jeder anderen Partei. Die eroberten Sitze seien auf eine weite Fläche verteilt, so daß man heute nicht mehr sagen kann, die ganze Kraft der Arbeiterpartei liege in einigen Industriezentren. Die Arbeiterpartei sei das politische Zentrum der Nation. Es gebe für die Zukunft nur zwei Möglichkeiten: entweder eine konservative oder eine Arbeiterregierung. Auch den Frauen hätte die Arbeiterpartei viele Sitze zu verdanken. Zum Schluß der Erklärung wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß bei den nächsten Wahlen die Arbeiterpartei die konservativen überbrücken werde.

## Königliche Angelegenheiten.

Aus dem Reichstag.

— Berlin, den 18. November.

Die heutige Sitzung des Reichstages war kurz und schmerzlos. Es nahm ein vorzeitiges Ende durch Feststellung der Beschlusfähigkeit. Zunächst wurde ein von allen Parteien eingebrachter Gesetzentwurf, wonach bei Wahlen Beiträge für die im Interesse der

Beteiligten geteilt werden und Veranlassungstasche gefördert werden können, angenommen. Ein Gesetzentwurf, der ebenfalls von allen Parteien vorgelegt wird, und der die Mittel erhöhen will, die aus den Erträgen des Brauereimonopols für wissenschaftliche und Wohlfahrtszwecke bereitgestellt sind, wird einem Ausschuss übergeben.

Darauf unterhielt man sich wieder eine Weile über die neue Geschäftsordnung, und dieser Debatte über die Geschäftsordnung schloß sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage an, ob der Reichstag am Montag und Dienstag Plenarsitzungen abhalten soll. Man sagte dabei sich, und dem Reichstag einige kleine Nebenabhandlungen. Der Zentrumsoberordnete W. H. der Vertagung bis Donnerstag vorläufig, meint, es entspräche der Würde des Hauses, daß man hauptsächlich eine Tagesordnung aufzunehmen. Der Abg. Sch. u. 16. Brandenburg (Zent.) hält es für unmöglich, daß der Reichstag wie ein Hausgebäude auf den freier worten müsse, und der Kommunist Koenen behauptet gar, der Reichstag wolle nicht zu sachlicher Arbeit zusammenbleiben, sondern zu Schreibern. Bei der Abstimmung über einen Antrag, die Plenarsitzungen (Sitz.) auf Abhaltung von Plenarsitzungen am Montag und Dienstag ergab sich Beschlusfähigkeit. Präsident Goebel beramte darauf die nächste Sitzung auf Montag 5 Uhr an.

## Deutsches Reich.

— Berlin, 20. November 1922.

Racelli wird Runtins in Berlin. Die Ernennung der neuen Karbinale wird eine Veränderung in der diplomatischen Vertretung des Vatikan im Gefolge haben. Monsignore Ruffini, der bisherige Runtins in München an Stelle des bisherigen Runtins Monsignore Racelli ernannt werden, in dessen Händen die Leitung der Berliner Nuntiatur verbleibt.

Der deutsche nationale Antrag auf Einführung der Reichsliste folgt: „Unter Art. 125 a. Verfassung wird folgender Art. 125 a. eingefügt: Die Wahlberechtigten sind verpflichtet, bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen der Länder ihre Stimmrecht auszuüben.“

Das Reichsgericht hat im Reichsamt-Bezug die dem Gesandten einer sozialdemokratischen Interpellation im bayerischen Landtag, Justizminister Dr. Gärtner erklärte, in Antwortung der Interpellation, daß hinsichtlich der Angelegenheit gegen das Reichsamt festzustellen sei, daß die Reichsgerichte für Landesverwaltungen zuständig sind. So sehr er den Sachverhalt schuldig habe, so wenig könne er, so wenig könne er, aber auch, daß das Urteil eines Sachverständigen über das Urteil eines Gerichts zu stellen sei. An der Gerechtigkeit des Urteils könne kein Zweifel bestehen. Die hohen Strafen verdienten sich aus den früheren Verbrechen, die der deutschen Volksgemeinschaft und der deutschen Arbeiterklasse aus der Besatzung des Mittel-Telegrams erwachsen seien.

Die Behauptung der religiösen Freiheit betrifft eine Anfrage der deutschen nationalen fraktion im Reichstage, in der es heißt: Die Verwaltungspraxis in den Ländern Sachsen, Thüringen und Braunschweig wendet sich immer mehr gegen die religiöse Freiheit. Der Schluß der kirchlichen Feiertage wird immer weiter abgekauft. Die zur Förderung der Religion notwendigen Mittel werden gegen den Art. 139, Abs. 1 und 138, der Reichsverfassung nicht entsprechend der Geldentwertung ausbezahlt. Der konfessionelle Charakter der Schulen wird häufig mehr verunreinigt.

Ratowski an den Reichstag. Der Vorsitzende des Ultraintelligenz Rates der Volkskommission, Ratowski, hat aus Anlaß der Ausdehnung des Wahlbezirks auf die Ukraine ein Telegramm an den deutschen Reichstag gerichtet, worin er auf die große wirtschaftliche Bedeutung des Vertragsabchlusses hinweist.

Neufestsetzung der Zuständigkeitsgrenzen der Gerichte. Die fortschreitende Geldentwertung hat eine weitere Erhöhung der Zuständigkeitsgrenzen der Gerichte und Kaufmannsgerichte erforderlich gemacht. Sie wird in einem Gesetzentwurf vorgeschlagen, der dem Reichstag vorgelegt ist. Die Obergerichte sollen für Arbeiter, wie bisher, ohne Höchstgrenze, für Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker bis zu einem Jahresarbeitseinkommen von 500 000 M. (bisher 100 000 M.) zuständig werden; ebenso die Kaufmannsgerichte bis zum Kaufmannsgericht. Die Berufungsgrenze ist von jetzt 5000 bis zum Kaufmannsgericht 6000 auf 20 000 M. heraufgesetzt. Auch die Zuständigkeit der obersten Gerichte wird verändert werden müssen. Die Kaufmannsgerichte haben bereits einen Antrag auf Erhöhung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit in der



denen das Treppenhaus reichlich geschnitten war, und strecke seinen metallischen Gäß zu Boden. Dann alarmierte er die Polizei, und es stellte sich heraus, daß der Eindringling sich im Laden in einer der dort aufgestellten Klümpchen versteckt hatte, um in der Nacht das Haus ausplündern zu können. Durch den Schlag mit der Waffe und durch den Sturz des gestellten Wandbretters hatte sich das Sticker zusammengezogen, so daß es erst am nächsten Tage geöffnet werden konnte. Bis dahin mußte der Eindringling mit flüssiger Nahrung gestützt werden, die ihm mit einem Schlauch durch eine Spalte des Stickers eingeleitet werden mußte.

**\* Aufnahme des deutsch-polnischen Sozialarbeiterlehres.** Am 1. Dezember wird der Sozialarbeiterlehre zwischen Polen und Deutschland aufgenommen. Es werden Kurse bis zu 10 Kilogramm angenommen und Wertpapiere bis 1000 Franks.

**\* 80 Bewerber um einen Bürgeremeinderosten.** Zu der am 26. November stattfindenden Wahl des Ersten Bürgermeisters von Wertesgaden haben sich 80 Bewerber, meist Arbeiter und andere Juristen, ebenso Offiziere und Privatleute, gemeldet.

**\* Im Waldheim die Tochter erschossen.** In Straubing hat die wahninnig gezeichnete Frau eines Regierungsrates ihr fünfjährige Stöchterchen mit dem Jagdgewehr ihres Mannes erschossen und dann ihr zwölfjähriges Mädchen und sich selbst scharf verwundet.

**\* Eine unverbesserte Zollarschießung.** Die 16 jährige Margarete Fischer, die bei einem Kleinkaliberschießwettbewerb in Stellung war, wurde unverbessert zur vielschundersachen Millionärin. Eine nach Amerika ausgediente Dantte hat ihrer Reichtümer 68 000 Dollar bemacht.

**\* Andienung einer Molainkündigung.** Für 40 Millionen Mark Molain wurde in einem Lagergruppen des Hamburger Hafens beschlagnahmt, das ins Ausland verschifft werden sollte. Aufrechter Verhaftungen wurden vorgenommen.

**\* Kleinkaliberschießung.** In der alten Stadthalle in St. Jakob in Meise ist nachts ein Einbruchdiebstahl verübt worden. Es wurden silberne Messelche und Speiseelche entwendet.

**\* Drei Arbeiter bei einer Kesselerplosion getötet.** Das preussische Dberergament in Dortmund leit mit Um 17. 5. Uhr, vormittags gegen 9 Uhr, ist auf der Schachtanlage Schlegelberg bei Reddinghausen ein Dampfessel explodiert, wobei drei Arbeiter getötet und vier mehr oder weniger stark verletzt worden sind. Die Ursache der Explosion steht noch nicht fest. Nach den Angaben des Kesseldratters, der den Kessel bedient hat, hat dieser einen genügenden Wasserstand gehabt. Die bergpolizeiliche Untersuchung ist im Gange.

**\* Explosion auf einem französischen Munitionslager.** Bei dem Munitionslager in Frankreich explodierten sich ein französisches Explosionsmittel, bei dem zwei Tote und zahlreiche Verwundete zu beklagen sind.

**\* Ein Kriegsverbrecherverfahren beschäftigt die zweite Strafkammer des Reichsgerichts.** Der Schneidergeselle Karl Bruner aus Frankfurt a. M. hatte sich wegen Mordanschlags und schwerer Körperverletzungen in Charleroi (Belgien) zu verantworten. Das Urteil lautete bezüglich des einen Falles, den der Gerichtshof als Unterschlagung, nicht als Diebstahl, qualifizierte, auf Einstellung des Verfahrens, da das Verbrechen unter das Amnestiegesetz vom 12. Dezember 1918 fällt. Bezüglich des anderen Falles, bei dem die Mordanschlag angenommen wurde, hat das Gericht auf drei Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre erkannt.

**\* Wegen Landesverrats hatte sich der Untersuchungsrichter der Schupolizei in Königsberg i. Pr. Gerhard Gebauer, vor dem Reichsgericht zu verantworten.** Der Angeklagte hatte als Mitglied der Aufrechterhaltungsbteilung Serapion, wie er anfangs, aus Rache ein Lebenlang der Schupolizei der mehrere Kameraden gemordet hatte, der Ententekommission Angaben über mehrere Kisten mit wertvollen optischen Instrumenten gemacht, die bei der Auf-

hebung ... Hauptplatzes Serapion befreit gebracht worden waren. Der Angeklagte wurde wegen des erlösten Mordes seiner Handlungsweise unter Verhaftung mitwiderer Umstände zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

## Volkswirtschaft und Wirtschaft.

**Die Frage der Einfuhr von Gütern.** Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des volkswirtschaftlichen Ausschusses beschäftigte sich mit der Einfuhr des Interzessionsgesetzes für Landwirtschaft und Ernährung über die Einfuhr von Gütern für die deutsche Landwirtschaft. Vertreter aller Wirtschaftsklassen erklärten sich für die Einfuhr, damit die landwirtschaftliche Erzeugung gesteigert werden kann und Deutschland in seiner Brotgetreideversorgung vom Ausland unabhängig wird. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage der Bereitstellung von Mitteln für diesen Zweck. — Da innerhalb der beteiligten Ministerien noch Besprechungen aus mit den beteiligten Kreisen stattfinden, nahm der Ausschuss vorläufig davon Abstand, die Beschlüsse zu fassen und stimmte der Entlassung des einzigen Nichtlandwirtschaftlers an. Danach erließ der Reichsregierung, im Interesse der unbedingt gebotenen Steigerung der Inlandserzeugung, die Einfuhr von Gütern für den Umfang sofort in die Hand zu nehmen, wie er vertretbar und finanziell möglich ist. Im übrigen ist der Ausschuss der Meinung, daß die heimische Wirtschaft mit allen Mitteln ihrer Erzeugung steigern muß.

**Meinungen für den Weihnachtsmarkt werden.** Jetzt in machenden Familienkreisen angeregt, um aus den Weihnachtsböden einen Ertragsüberschuss zu ziehen. Es ist nicht mehr so leicht wie früher, wo alles zur Hand war, was für die Ferkel, die Hühner, die Kühe und Schafe und Gänse, die Häuser und Kirchen gebraucht wurde. Heute ist es anders, da ist namentlich das Holz ganz anders, namentlich die Möbel, die heute die Haare über schone Köpfe und gebaute Finger wissen sich schon Rat, was nötig ist, das wird auch herbeigeholt. Mit klugem Verstand wird zum Neuen das Alte fertig gemacht, und der kleine Zauberkünstler entwickelt sich im Nu in allen seinen künstlichen Arbeiten zum Jantons-Großhandhändler des letzten Jahres, nicht nur in den Käufer. Nun, die werden kommen. Die kleinen Weihnachtskünstler haben in ihre Kassetten solche gute Wünsche mit hineingebracht, daß es keinen Weihnachtsmann geben müßte, wenn sie sich nicht erfüllen sollten. Macht Murren wird doch keine getreuen Helfer nicht im Stich lassen?

### Flugplatzverbindung um die Erde?

Ein Plan, der gegenwärtig in den sportlichen wie auch in den finanziellen Kreisen Amerikas, Englands und Frankreichs besonders lebhaft erwoogen wird, betrifft, wie die „Nachrichten für Luftfahrer“ melden, die Errichtung eines Weltflugplatzes. Um den Versuch auf hebesen zu setzen, ist in diesen Tagen ein gebaute Flugzeuge um die ganze Erde fliegen, um die Welt zu befrüchten. Allein so schon dieser Plan ist, er hat einzuweisen, muß sein. Um die ganze Erde zu umfliegen, muß man nämlich auch die unendlichen Weiteflächen des Stillen Ozeans überqueren, und da hat sich denn zwischen den Nord- und Südpolen und der Westküste Amerikas bisher noch kein Flugplatz für die Flugzeuge ausfindig machen lassen. Es werden also jedenfalls noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sein, ehe man so weit ist, das Ideal einer regelmäßig verkehrenden Weltflugbahn verwirklicht zu haben, ganz abgesehen von den Gefahren, die auch die in jenen Breiten zu häufigen heftigen Meeresstürme den Fliegern bieten dürften.

### Dhanastatische Zahlen.

#### Sowjetrusslands Staatshaushaltsplan

Sowjetrussland veröffentlicht jetzt wieder sein Haushaltsplan, das letzte des Jahres 1922, den Haushaltsplan. Die Kosten werden alle in „1922er Rubeln“

## Rismet.

Roman von Max von Wehshausen.

14 Nachdruck verboten

„Güldspitz! Erkläre mir nur, wie du zu den glänzenden Verhältnissen kommst, in denen du zu leben schienst; vor allem aber, wie du zu dieser schönen, vornehmen Frau kommst, die so ganz und gar nicht an jene Art von Damen oder rüstiger gefügt, Rämchen erinnert, mit denen du sonst zu verkehren pflegtest? Ich verstehe das alles nicht und du ercheinst mir als ein Fremder in dem Milieu, aus dem du mir hier entgegentrittst.“

Der Sprecher war ein großer, mittelgroßer Mann, dessen Juge deutlich der Stempel dessen auf sich trug, daß er ein Lebenlang bei und in vollen Tagen das genossen habe, was man in der Welt, in der man sich amüsiert, „Leben“ zu nennen pflegt, in jener Welt, die fernab liegt von ersten, idealen, erregungsreichen Zielen, in der man keine andere Rönne kennt, als den Genuß, mit dem der Kaktus des Weibes Sand in Hand zu gehen pflegt.

„Seit der Zufall mich nach Jahren der Trennung hier wieder mit dir zusammenführte, und du, wenigstens scheinbar, ein ganz anderer geworden, als jener, der du in den Tagen unserer gemeinsamen Jugend warst, seitdem frage ich mich unaufhörlich, was diese schöne, eruchte, geistvolle Frau, die ganz entschieden einer anderen Welt angehört, als jener, in der du eine Rolle zu spielen gewohnt warst, überhaupt haben kann, sich an dich zu fetten. Ich verstehe es einfach nicht, denn der Mann, mit dem du im Geseßnis zu einig, jetzt hinreichend versorgt zu sein schienst, kann ganz unendlich der Lodoael sein, der sie an dich fetzt. Was also sonst? Wissen möchte ich das für mein Leben gerne. Denn, wenn ich die Beside dich zu dieses Weib und möchte ich, auf welche Weise man in die Schranken treten könnte, um dir die schöne, geistvolle Frau abzurufen, bei Gott, ich würde es reuelos tun, denn du weißt ja ganz gut, daß ich mit dir von alten Zeiten her noch ein Hüh-

(also je 10 000 Sowjetrubeln), gerechnet und gehen in die „Zirkulation“, wenn 1000 Millionen Rubel sind (1 000 000 000). Einfuhr und Ausgaben sind jetzt etwas besser ins Gleichgewicht gebracht; aber gleichwohl ist der Fehlbetrag von 540 Trillionen in 3. Vierteljahr auf nunmehr 800 Trillionen gestiegen. Die Einfuhr wird mit 1000 Trillionen, die Ausgaben mit 1500 firs dritte Viertel in Bedienung gestellt, gegenüber 360 zu 900 im vorigen Viertel. Was die Staatseinkünfte anlangt, so löst man, wenigstens 200 Trillionen durch Steuern hereinzubekommen (90 im vorigen Viertel); die Staatsverle und sonstigen verstaatlichten Unternehmungen stellten 270 Trillionen oder 26 vom Hundert der Gesamteinkünfte bringen, gegenüber 120 oder 35 Prozent im Vorvierteljahre. Die Steigerung der Ausgaben beruht hauptsächlich auf vermehrten Zuschüssen an den stonmissar für Verkehren, an das Meer und an die Arbeiter, die samt und sonder Vorberührung bestimmen. Die Erklärung dafür — heißt es etwas unklar — ist darin zu suchen, daß die Regierung beschloß, für die staatlichen Verwaltungen Preise zu zahlen, die sich den Selbstkosten nähern. Eine große Veränderung im Vergleich mit dem letzten Haushaltplan haben die Unterhaltungen an die Kohlen- und Metallindustrie erfahren.

Der Verwaltungen für landwirtschaftliche Maschinen werden 2 Trillionen und weiter zum selben Zweck eine Rückzahlung von 120 Trillionen bemittelt. Der Finanzkommissar bezieht mit aller Entschiedenheit ein Geß, das die Überberichtigung des Haushaltsplans verbietet, so weit es sich um Ausgaben handelt. Sollen jedoch die Ausgabenposten überschritten werden, so müßten gleichzeitig die Einnahmequellen ergiebiger fließen. Der Haushaltsausführer erklärte sich damit einverstanden, demnächst aber im gleichen Mitzuge soll weitere 80 Trillionen für das Verkehren, so daß der tatsächliche Fehlbetrag schon auf 880 Trillionen gestiegen ist. Ferner meinte der Ausschuss, der Finanzkommissar solle eben neue Einnahmequellen erschließen, vielleicht durch Kreditverrichtungen. Nach zuverlässigen Mitteilungen von Westen soll wieder einmal der Versuch mit einer inneren Umwälze unternommen werden.

### Öffentliche Sitzung des Schöffengerichts am 17. November.

1. Die ledige Martha Bruner in Rantbal wurde wegen Verlebens des Dammes Oberverwaltungsamt mit 100 Mark Geldbuße, 1 Tag Haft bestraft.
2. Der Oberlehrer Otto Walther in Trebnitz wurde durch gerichtlichen Straßbeß, wegen Annahme eines Ausländers ohne Zustimmung des Landesarbeitsamts in Magdeburg mit 300 Mark Geldbuße, 3 Tagen Haft bestraft. Semein Hergang entgegengesetzten Einpruch nahm er zurück.
3. Bertrag.

4. Der Bergarbeiter Hugo Eule, Ehefrau Hulda Eule, ledige Eule Eule in Eobruin und die Arbeiterin Vera Kottlich in Teuchern wurden von der Überberichtigung der §§ 11 und 18 b. Feld- und Forstpolizeigesetz freigesprochen.
5. Mit je 1000 Mark, 10 Tagen Gefängnis wurden der Arbeiter Walter Schmann und der Landwirtschafsgeselle Carl Lorenz, beide aus Strölin, verurteilt, weil sie des Dienstmädchens Marie Widmer aus Dippelsdorf gemeinschaftlich tätlich beleidigt haben.
6. Von der Auflage sich der Heblerin Schulz gemacht zu haben, wurde die Händlerin Marie Woyer geb. Kappfischer aus Halle freigesprochen.
7. Wegen Entwendung von Kartoffeln von dem Grundstück des Gutsherrn Hugo Berger in Teuchern wurde die Ehefrau Anna Pries in Teuchern mit 150 M. Geldbuße, 3 Tagen Haft bestraft.

Die nächste Nummer des W. erscheint Freitag, den 24. November abends 5 Uhr.

den zu plündern habe, und mein Gott gegen dich nicht erlösen ist, sondern nur schläft, um auf den richtigen Augenblick zu warten, in dem er mit erneuter Macht losbrechen kann!“

Baron Haffow hatte mit überlegener, höflicher Miene den Worten Haffows von Helmbach gelauscht. „Nun, wenn ich nicht, mein Freund“, sprach er jetzt mit unerwarteter Ruhe, „ich kann nicht einmal deinen Stolz bewundern, wenn du dich nicht von jener Art ist, die mit den Frauen verglichen werden kann, mit denen wir einst verkehrten, einst in der fernab liegenden Vergangenheit, an die ich, nebenst gesagt, mich nicht allzu gern erinnern lasse, das tritt doch wohl schon beim ersten flüchtigen Sehen zutage; du wirst aber, selbst wenn du versuchen wollest, an der Türe meiner Frau zu rütteln, keine für dich erfreulichen Resultate zutage fördern, sondern es dir höchstens selbst zuzuführen haben, wenn sie mich mit ihrer ruhigen, etwas herablassenden Würde, mit der ihr ganzes Wesen förmlich getränkt ist, ersuchen sollte, meinen Freundes Herrn Helmbach“ mein Haus zu verlassen, da die Hausfrau, die er ihr darbringt, nicht nach ihrem Geschmack sein.“

Klaus von Helmbach war erst vor kurzer Zeit nach mehrjähriger Abwesenheit in die Metropole zurückgekehrt, ahnungslos, daß er dort Haffow finden werde, den er seit mehreren Jahren aus dem Gesicht verloren, nachdem sie früher in manchen, nicht ganz lauten Dingen gemeinsame Sache gemacht, wodurch er glaubte, eine gewisse Sympathie gegen den einstigen Freund zu besitzen, die jenen jammern mußte, nach seiner Weise zu tun, wozu er allem Anscheine nach nicht die geringste Lust verspürte.

Nicht nur, um die alten Beziehungen anzuknüpfen, sondern auch um der schönen, geistvollen Baronin Haffow näherzutreten, setzte Helmbach alles daran, um die Wille eines kühnen Handwerks gegen den einstigen Freund zu besitzen, die jenen jammern mußte, nach seiner Weise zu tun, wozu er allem Anscheine nach nicht die geringste Lust verspürte.

Nicht nur, um die alten Beziehungen anzuknüpfen, sondern auch um der schönen, geistvollen Baronin Haffow näherzutreten, setzte Helmbach alles daran, um die Wille eines kühnen Handwerks gegen den einstigen Freund zu besitzen, die jenen jammern mußte, nach seiner Weise zu tun, wozu er allem Anscheine nach nicht die geringste Lust verspürte.

„Nun, wenn ich nicht, mein Freund“, sprach er jetzt mit unerwarteter Ruhe, „ich kann nicht einmal deinen Stolz bewundern, wenn du dich nicht von jener Art ist, die mit den Frauen verglichen werden kann, mit denen wir einst verkehrten, einst in der fernab liegenden Vergangenheit, an die ich, nebenst gesagt, mich nicht allzu gern erinnern lasse, das tritt doch wohl schon beim ersten flüchtigen Sehen zutage; du wirst aber, selbst wenn du versuchen wollest, an der Türe meiner Frau zu rütteln, keine für dich erfreulichen Resultate zutage fördern, sondern es dir höchstens selbst zuzuführen haben, wenn sie mich mit ihrer ruhigen, etwas herablassenden Würde, mit der ihr ganzes Wesen förmlich getränkt ist, ersuchen sollte, meinen Freundes Herrn Helmbach“ mein Haus zu verlassen, da die Hausfrau, die er ihr darbringt, nicht nach ihrem Geschmack sein.“

Klaus von Helmbach war erst vor kurzer Zeit nach mehrjähriger Abwesenheit in die Metropole zurückgekehrt, ahnungslos, daß er dort Haffow finden werde, den er seit mehreren Jahren aus dem Gesicht verloren, nachdem sie früher in manchen, nicht ganz lauten Dingen gemeinsame Sache gemacht, wodurch er glaubte, eine gewisse Sympathie gegen den einstigen Freund zu besitzen, die jenen jammern mußte, nach seiner Weise zu tun, wozu er allem Anscheine nach nicht die geringste Lust verspürte.

Nicht nur, um die alten Beziehungen anzuknüpfen, sondern auch um der schönen, geistvollen Baronin Haffow näherzutreten, setzte Helmbach alles daran, um die Wille eines kühnen Handwerks gegen den einstigen Freund zu besitzen, die jenen jammern mußte, nach seiner Weise zu tun, wozu er allem Anscheine nach nicht die geringste Lust verspürte.

Nicht nur, um die alten Beziehungen anzuknüpfen, sondern auch um der schönen, geistvollen Baronin Haffow näherzutreten, setzte Helmbach alles daran, um die Wille eines kühnen Handwerks gegen den einstigen Freund zu besitzen, die jenen jammern mußte, nach seiner Weise zu tun, wozu er allem Anscheine nach nicht die geringste Lust verspürte.

Nicht nur, um die alten Beziehungen anzuknüpfen, sondern auch um der schönen, geistvollen Baronin Haffow näherzutreten, setzte Helmbach alles daran, um die Wille eines kühnen Handwerks gegen den einstigen Freund zu besitzen, die jenen jammern mußte, nach seiner Weise zu tun, wozu er allem Anscheine nach nicht die geringste Lust verspürte.

**Achtung.**  
**Freitag** von 2 Uhr an  
**frische**  
**Brot**  
 Ernst Wunderlich  
 Zeinade et.

Der Ausstoss von  
**Oettler-Export (dunkel)**  
 beginnt Montag 20. November.  
 Stadtbrauerei **F. Oettler, Zeitz.**

**Achtung!**  
**Guthhof Anstalt**  
 Junge Dobermänner, 8 Wochen  
 alte Hunde, kopiert, hat zu ver-  
 kaufen.  
 Gustav Schmidt.

**Betriebs-Ordnung für die Tätigkeit der  
 Bezirks-Schornsteinfegermeister im Landkreis  
 Zeitz.**

Auf Grund des § 77 der Reichsgewerbeordnung wird für die Tätigkeit der Bezirks-Schornsteinfegermeister im Landkreis Zeitz folgende Betriebs-Ordnung erlassen:  
 § 1. Es sind zu zahlen: insbesonders des Fortschaffens von Auf bis auf den Hofraum, falls hierzu Gefäße bereitgestellt werden, für die einmalige Reinigung eines unbefestigten (rußigen) Schornsteins für das erste Geschloß 15 M. und für jedes weitere Geschloß 5 M. mehr. Für die einmalige Reinigung eines befestigten (tauffest) Schornsteins, sowie gewöhnlicher gemauelter Schornsteine und solcher, welche Zentralheizungen dienen, sind für das erste Geschloß 25 M. und für jedes weitere Geschloß 10 M. mehr zu entrichten.  
 § 2. Kamine oder Nebenflüsse, sind dem Schornstein gleich zu rechnen. Für die einmalige Reinigung derselben sind, sofern sie unbefestigt sind, für die ersten 4 Meter 15 M. und für jede weitere oder angefangene 4 Meter 5 M. mehr zu zahlen. Sind diese Kamine oder Nebenflüsse befestigt, so sind für die ersten 4 Meter 25 M. und für jede weitere oder angefangene 4 Meter 10 M. zu zahlen.  
 § 3. Aus Gängen der Feuerfesterheit hat eine sorgfältige Reinigung der Schornsteine im Jahre zu erfolgen. Schornsteine in Dienstgebäuden, z. B. der Eisenbahnverwaltung, in denen Hart, vielfach oft Tag und Nacht geheizt wird, unterliegen öfterer Reinigung und sind je nach Bedarf alle 14 Tage zu reinigen.  
 Schornsteine, deren Nichtbenutzung seit der letzten Reinigung zweifellos feststeht, unterliegen der Reinigung nicht.  
 § 4. Für das Ausbrennen eines unbefestigten Schornsteins sind die Entfernung des Glanz- oder Hartglanzes und 75 Mark zu zahlen. Dauert das Ausbrennen eines Schornsteins länger als eine Stunde, so erhöht sich die Gebühr um 50 Mark für jede weitere oder angefangene Stunde.  
 Das zum Ausbrennen erforderliche Material hat der bestellte Hausbesitzer unentgeltlich zu liefern. Das Ausbrennen der Schornsteine darf nur nach Bedarf erfolgen.  
 § 5. Für die Reinigung einer Rauchkammer sind für jede hierfür beschäftigte Person 75 Mark zu entrichten.  
 § 6. Für Arbeiten, die außerhalb der ortsüblichen Arbeitszeit (von 7 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm.) sowie für Arbeiten, die auf besondere Bestellung ausgeführt werden, sind die doppelten Gebührentsätze zu entrichten.  
 § 7. Falls von der Reinigung der Schornsteine auf Befehl des Hausbesitzers oder der Hausbewohner Abstand genommen werden muß, ohne daß eigentlich ein zwin- gender Grund dazu vorliegt, so ist, wenn die Reinigung am Tage vorher angemeldet oder in ortsüblicher Weise bekannt gemacht worden ist, und sie infolge der Abhandlung an einem anderen Tage ausgeführt werden muß, der Schornsteinfeger berechtigt, eine besondere Gebühr von 50 Mark in Anrechnung zu bringen.  
 § 8. Für Nachprüfung der Schornsteine bei der Abnahme von Neubauten sind für jedes Schornsteinrohr die Rohrlochkörper in doppelter Höhe, mindestens 75 M. vom Hausbesitzer oder, wenn dieser nicht zahlungsfähig ist, von demjenigen zu zahlen, der den Auftrag erteilt hat.  
 § 9. Für die Berechnung der Gebühren ist die Höhe jedes einzelnen Schornsteins von seiner Sohle bis zum Kopfnach Maßgabe der durchlaufenden Geschosse in Betracht zu ziehen.  
 § 10. Das Dachgeschloß wird als besonderes Geschloß gezählt, wenn die Höhe desselben 3 Meter bis zur Schornsteinmündung beträgt. Jede weiteren oder angefangenen 3 Meter zählen als weiteres Geschloß im Sinne der §§ 1 und 2 der Betriebs-Ordnung. Der Keller wird als besonderes Geschloß mit berechnet für diejenigen Schornsteine, die bis dahin durchgeföhrt sind und dort gereinigt und entleert werden müssen.  
 § 11. Die Rohrgebühren sind in allen Fällen vom Hauseigentümer zu zahlen.  
 § 12. Diese Betriebs-Ordnung tritt rückwirkend vom 1. Oktober 1922 ab in Kraft. Mit dem 30. Sept. 1922 ist die bisherige Betriebs-Ordnung vom 5. Dez. 1921, 22. Juni, 2. September 1922 außer Kraft getreten.  
 Zeitz, den 14. November 1922.  
 Der Landrat.

**Landwirtschaftlicher Verein  
 für Zeuchern und Umgegend.**  
 Sonnabend, den 25. November  
 nachm. 5 Uhr

**Versammlung.**

Vortrag: Dr. Orpha, Merseburg.  
 Bäckische Maschinen ist nötig. Der Vorstand.  
**Urin-Untersuchungen.**  
 Kommen Sie zu mir zur Untersuchung und bringe mit Sie eine Flasche Urin.  
**Morgen-Urin**  
 mit und ich sage Ihnen, was Ihnen fehlt und wie Sie durch **Homöopathie und Naturheilkunde** wieder gesund werden können.  
**Sprechstunden in Zeitz, Poststr. 14:** Sonnabend, Sonntag und Montag vormittags von 8-12, nachm. von 3-7 Uhr. Sonntags nur vormittags.  
 Fernsprecher-Nr. 507.  
**Paul Bohm, Heilkundiger.**

Die für die Hagelgeschädigten eingetroffene Klee wird im Laufe des Dienstags auf meinem Speicher (Bahnhof Zeuchern) verausgabt

**G. Hauber, Ing. M. Veier.**

**Weiße mit  
 Henke  
 die  
 Wäsche  
 zint**

Henke, Henkel's  
 Wasch- und Bleich-Soda;  
 allbewährt für Wäsche  
 und Hausputz.

**Alleinige Hersteller:  
 HENKEL & CIE.,  
 DÖSSELDORF.**

**Sirbische Nachrichten**  
 am Freitag (22. 11. 22)  
 Koudle für die Reimeder  
 einhalten.  
 Tuschka: Von 1 Uhr.  
 Predigt, danach Beichte u.  
 hl. Abendmahl. Der Pf.  
 Blumauer.  
 Von 5 Uhr. Predigt,  
 danach Beichte u. hl. Abend-  
 mahl. Pf. Blumauer.  
 Von 7 Uhr. Predigt,  
 danach Beichte u.  
 hl. Abendmahl. Der Pf.  
 Blumauer.  
 Unerwünscht u. Barn. 9 Uhr  
 Beichte u. hl. Abendmahl.  
 Von 10 Uhr. Predigt. Der  
 Blumauer.  
 Schluß: Predigt. 1/2 Uhr.  
 Beichte u. hl. Abendmahl.  
 2 Uhr. Predigt. Der. Zeig-  
 man.

**Druckfachen**  
 jedes Art  
 fertig geschmückt und billig  
 an  
 Buchdruckerei  
**Otto Liefrenz, Zeuchern.**

**Saatkartoffeln!**  
**Parnassia,  
 Deodara,  
 Up to date,  
 Rheinland,  
 Weddigen**  
 aus Sandboden, sind eingetroffen bei  
**Paul Friedrich, Zeuchern n. Krauschwitz i. G.**  
 Fernsprecher Nr. 13, 317, 274.

**Spielvereinigung  
 Zeuchern.**  
 Mittwoch, den 22. 11. 22  
 2 Uhr  
**Versammlung**  
 Das Erscheinen sämtlicher  
 Mitglieder erforderlich  
**Der Vorstand.**  
 1 Gebrauchter  
**Ofen**  
 zu kaufen gesucht  
 Herz, Markt 7.

**Gebrauchter  
 Puppenwagen**  
 wird gekauft  
 Offerten unter D. P. an  
 die Geschäftsst. erb.  
**Mist gegen Stroß**  
 Jauche kann  
 Unterm Berge 20a abgehoben  
 werden.  
 1 Paar neue  
**Halbstiefel**  
 Nr. 46, zu verkaufen.  
 Rumbal Nr. 8.

**Die Selbsthilfe beim Bauen**  
 verbilligt wesentlich die hohen Baukosten, namentlich wenn die Bausteine, wie z. B. die AMBI-Steine der seit langem bewährten AMBI-Maffiobauweise (D. R. P. und Brevetpatent) im einfachsten Stampfverfahren unmittelbar an der Baustelle aus überall vorhandenen Rohstoffen (Ries-Sand, Koks-Schlacke usw.) hergestellt werden. Es sind keine komplizierten und teuren Baummaschinen notwendig, sondern lediglich die einfachen AMBI-Formen, welche auch leicht- weise abgehoben werden. Große Ersparnisse an Transportkosten, Lohn und Zeit. „AMBI-Maffio“ ist die beste Einfeldbauweise und erhielt im Wettbewerb des Deutschen Zement-Bundes (Herbst 1921) unter 54 Bewerbern den ersten Preis. Fordern Sie Druckschriften M der Firma AMBI-Werke Akt. II Nr. 40 Berlin SW 68, Köpfler 18.

**Bekanntmachung.**  
 Wegen einer dringenden Besprechung über den Tag und die Zeit der Taggenossen zu einer Sitzung am  
**Mittwoch, den 22. d. Mts.  
 nachm. 6 Uhr**  
 im Gesellschaftszimmer des Restellers ergeben sich einzuladen.  
 Zeuchern, den 20. November 1922.  
**Der Jagdwarthener.  
 Schillgen, Bürgermeister.**

**Bereinigung selbständiger Handwerker  
 in Zeuchern und Umgegend C. B.**  
 Montag, den 20. November abends 8 Uhr im  
 „Hotel zum Löwen“  
**Vortrag**  
 über die Zwangsarbeit, Vermögenssteuer und zeitgemäße Steuerfragen.  
 Redner: Amissekretär M. H. H. er, Halle.  
 Gäste können eingeföhrt werden. **Der Vorstand.**

**Zum Totensonntag**  
 bringe meine Auswahl in  
**Kränzen u. anderen Grab-  
 schmuck**  
 in empfehlende Erinnerung.  
**Gärtnerei Worch.**

**Zum Totensonntag**  
 empfehle sämtliche  
**Bindereien**  
 in preiswerten Ausführungen.  
**G. Lantzech.**

**Dank.**  
 Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Mutter und Grossmutter danken wir für die Geldspende u. denen die den Sarg so reich mit Blumen schmückten. Dank Herrn Oberpfarrer Plagemann für die tröstenden Worte am Grabe. Auch Dank Herrn Lehrer Meier und der Schuljugend sowie den Trägern.  
 Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach.  
 Oberwerschen, den 19. 11. 22.  
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Witwer Albert Bürkner**  
 nebst Kindern und allen Verwandten.  
 Tretet still zu meinem Grabe, stört mich nicht in meiner Ruh, denkt, was ich gelitten habe, gönnt mir nun die ewige Ruh.

**Todesanzeige.**  
 Sonntag Nachmittag gegen 3 Uhr entschlief nach langen, mit Geduld ertragenen Leiden unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwester, Gross- u. Schwiegermutter, Schwägerin, Tante und Schwiegertochter  
**Frau verw. Anna Göhring**  
 geb. Schwager  
 im vollendeten 64. Lebensjahre.  
 Krauschwitz, den 20. Nov. 1922.  
 In tiefstem Schmerze im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Richard Göhring.**  
 Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 2 1/2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Steierker, Zeuchern.

# Wöchentliches Anzeiger

## für Teuchern und Umgegend



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Korpuszeile 8.— M., Restanzzeile 14.— M.

Ausgabenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zehnerstraße 10, bis fünfzehn Uhr. Später und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: 600 Mark, halbjährlich 3.000 Mark, jährlich 6.000 Mark.

Postamtliche Nummer 125 500, Abdruck 65,000 Mark.

Einzelnummer 600 Mark.

Verantwortlich und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zehnerstraße 10, auch bei unseren Boten und anderen Botenstellen zugewiesen.

Anliegendes Verhandlungsprotokoll für die Stadt Teuchern.

№ 137

Dienstag, den 21. November 1922.

61. Jahre

### Der zweite Auftrag Cuno.

— Berlin, den 19. November.

Die Mission Cuno das gestern bereits von dem Scheitern. Von dem Erfolge seiner Bemühungen, ein Kabinett zustande zu bringen, verzweifelt, richtete Dr. Cuno an den Reichspräsidenten einen Brief, in dem er erklärte, seine Aufgabe mühe an dem Verhalten der Parteien hängen. Dazu seien alle Parteien, die in Betracht kommen, darüber einig, daß sie das Programm der Reparationskassen vom 30. November als das ihrige anerkennen. Aber jede der Parteien habe sich darauf verpflichtet, bestimmte Personen in dem zukünftigen Kabinett zu sehen, und die anderen Parteien haben immer gerade jeweils diese Personen als für sie unannehmbar erklärt. Nach einer nochmaligen Aussprache mit Dr. Cuno hat darauf der Reichspräsident Dr. Cuno schriftlich beauftragt, nunmehr den Versuch zu machen, ein Kabinett zustande zu bringen, das über den Parteien steht, und mit diesem Kabinett vor den Reichstag zu treten. Der „Bourgeois“ bezeichnete gestern Abend ein Gespräch, wonach Stresemann mit der Kabinettsbildung beauftragt werden sollte, falls Dr. Cuno Bemühungen scheitern sollten.

### Poincaré über die Marktwertung.

Ein Vertrauensvotum-Vertrag.

Die große Interpellationsdebatte in der Räter Kammer nahm nach einer großen Rede Poincarés insofern einen überraschenden Ausgang, als sie nicht mit dem üblichen Vertrauensvotum endete. Die Kammer nahm vielmehr mit 462 gegen 71 Stimmen einen Antrag Poincarés an, die Weiterberatung um einen Monat zu verschieben. Im Sinne des modernen Parlamentarismus bedeutet das einen Erfolg Poincarés, der somit jedenfalls für einen Monat wieder fest im Sattel sitzt.

### Die Rede Poincarés

begann mit den üblichen Verflüchtungen von der Friedensliebe Frankreichs und dann folgte der übliche Vorwurf an die Eingetragten der Alliierten, die vor allem auch bei der Erfüllung der Reparationsfrage vernachlässigt werden müßten. Zweifellos, so sagt Poincaré, ist die Zahlungsfähigkeit Deutschlands augenblicklich verringert. Aber ich glaube, daß diese Lage, die übrigens Deutschland selber verschuldet hat, schnell gelöst werden könnte. Die Stunde ist jetzt gekommen, wo die Alliierten sich über die Maßnahmen einigen können, die sie gegenüber dem deutschen Zahlungsverhältnis zu ergreifen haben. Deutschland hat nach Beendigung des Krieges die Anzahl und Entlohnung seiner Beamten systematisch erhöht. Es hat seine Kanäle und Eisenbahnen ausgebaut und nach allen Seiten Geld ausgegeben, ohne neue Steuern aufzufordern und die alten einzuziehen. Danach darf es jetzt nicht behaupten, daß die Entwertung der Mark von der Größe der deutschen Schuld und der geleisteten Zahlungen herrühre. Die Hauptursache ist in der

### Anordnung des Budgets.

Die Deutschland gemäß oder mindestens gebildet hat, zu finden. (Beifall.) Eine Zweifel gibt es noch ergänzende Ursachen, die diesen Fall begünstigen. Die deutsche Handelsbilanz soll, was allerdings sehr schwer festzustellen ist, passiv sein. Solange die geordnete Finanzkontrolle nicht funktioniert, werden wir nicht wissen, wovon wir uns zu halten haben.

Der Redner erkennt allerdings an, daß Deutschland so wenig wie andere Länder im Augenblick seine auswärtigen Schulden mit Geld bezahlen könnte. Es könnte aber diese Schulden durch Heberleiung von Auslandsforderungen begleichen; denn Deutschland sei in der Lage, sich Auslandsforderungen zu verschaffen, wenn es seine Finanzen reformiere. Unbereits könnte Deutschland durch Sachlieferungen und durch Leistung von Arbeit, sei es im zerbombten Gebiet, sei es bei öffentlichen Arbeiten von aufwendungsreicher Art, zahlen.

Poincaré kritisierte dann die Vorschläge des Abgeordneten Raynaud, die sich auf die Heberleiung eines Teiles der deutschen Anleihe auf das Ausland beziehen. Als letztes und überflüssiges Mittel befürwortete die Zahlung der deutschen Reparationsschulden

### eine deutsche Auslandsanleihe

oder mehrere solcher Anleihen übrig. Bevor eine solche Anleihe jedoch zustande kommen, müsse die deutsche Währung stabilisiert werden. Frankreich (ebenfalls kann keine der Parteien aufgeben, die ihm der Verfallener Vertrag geliefert hat. Die bisherige englische Politik sei eine negative Politik, die auf die Dauer nicht ausreiche. Frankreich habe das Recht auf seiner Seite. In Weisheit müsse man alles tun, um Frankreich dieses Recht zu verschaffen.

### Die Konferenz von Lausanne.

England und die Balkanstaaten.

Am diesem Montag nachmittag findet in Lausanne die feierliche Eröffnung der Orientkonferenz durch den schweizerischen Bundespräsidenten Dr. Haub statt. Die Vertreter der verschiedenen an der Konferenz teilnehmenden Staaten sind größtenteils am Sonntag in Lausanne eingetroffen. Am Sonntag nachmittag war eine Begegnung Poincarés, Lord Curzons und Mussolinis in Territet bei Lausanne vorgesehen. Ob die Verhandlungen, Frankreich und England bei dieser Konferenz unter einem Hut zu bringen, von Erfolg gekrönt sein werden, bleibt abzuwarten. Die Stellung Eng-

land und die Balkanstaaten. Am diesem Montag nachmittag findet in Lausanne die feierliche Eröffnung der Orientkonferenz durch den schweizerischen Bundespräsidenten Dr. Haub statt. Die Vertreter der verschiedenen an der Konferenz teilnehmenden Staaten sind größtenteils am Sonntag in Lausanne eingetroffen. Am Sonntag nachmittag war eine Begegnung Poincarés, Lord Curzons und Mussolinis in Territet bei Lausanne vorgesehen. Ob die Verhandlungen, Frankreich und England bei dieser Konferenz unter einem Hut zu bringen, von Erfolg gekrönt sein werden, bleibt abzuwarten. Die Stellung Eng-

land und die Balkanstaaten. Am diesem Montag nachmittag findet in Lausanne die feierliche Eröffnung der Orientkonferenz durch den schweizerischen Bundespräsidenten Dr. Haub statt. Die Vertreter der verschiedenen an der Konferenz teilnehmenden Staaten sind größtenteils am Sonntag in Lausanne eingetroffen. Am Sonntag nachmittag war eine Begegnung Poincarés, Lord Curzons und Mussolinis in Territet bei Lausanne vorgesehen. Ob die Verhandlungen, Frankreich und England bei dieser Konferenz unter einem Hut zu bringen, von Erfolg gekrönt sein werden, bleibt abzuwarten. Die Stellung Eng-

### Deutsches Reich.

— Berlin, 20. November 1922.

Facelli wird Amtius in Berlin. Die Ernennung der neuen Kardinals wird eine Veränderung in der diplomatischen Vertretung des Vatikans im Reich haben. Monsignore Raffallo wird zum Amtius in München an Stelle des bisherigen Amtius Monsignore Facelli ernannt werden, in dessen Händen die Leitung der Berliner Nuntiatur verbleibt.

Der deutschnationale Antrag auf Einführung der Wahlprüfung besagt: „Unter Art. 125 der Verfassung wird folgender Art. 125a eingefügt: Die Wahlberechtigten sind verpflichtet, bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Reichsvertretungen der Länder ihr Stimmrecht auszuüben.“

Das Volksgerichtsurteil im Fehrenbach-Prozess bildete den Gegenstand einer sozialdemokratischen Interpellation im bayerischen Landtag. Justizminister Dr. Gürtner erklärte, in Verantwortung der Interpellation, daß hinsichtlich der Angriffe gegen das Reichstribunal festzuhalten sei, daß die Volksgerichte für Landesverwalter zuständig seien. Es geht er dem Sachverstandigen keine Autorität einräume, so wenig könnte er aber äußern, daß das Urteil eines Sachverständigen über das Urteil eines Gerichts zu stellen sei. An der Gerechtigkeit des Urteils könne kein Zweifel bestehen. Die hohen Strafen verhängten sich aus den schweren Verbrechen, die der deutschen Volksgemeinschaft und der deutschen Arbeiterschaft aus der Verantworte des Ritter-Telegramms erwachsen seien.

Die Verordnung der religiösen Freiheit betrifft eine Anfrage der deutschnationalen Fraktion im Reichstage, in der es heißt: Die Verwaltungspraxis in den Ländern Sachsen, Thüringen und Schaumburg-Lippe wendet sich immer mehr gegen die religiöse Freiheit. Der Schutz der kirchlichen Feiertage wird immer weiter abgebaut. Die zur Befreiung der Geistlichen notwendigen Mittel werden gegen den Art. 138, Abs. 1 und 183, der Reichsverfassung nicht entsprechend der Geldentwertung ausgezahlt. Der konfessionelle Charakter der Schulen wird häufig mehr vermindert.

Katowski an den Reichsanwalt. Der Reichsanwalt hat aus Anlaß der Ausdehnung des Kapallo-Vertrages auf die Ukraine ein Telegramm an den deutschen Reichsanwalt gerichtet, worin er auf die große wirtschaftliche Bedeutung des Vertragsabchlusses hinweist.

Rechtssetzung der Zuständigkeitsgrenzen der Gerichte. Die für die gerichtliche Geldentwertung hat eine weitere Erhebung der Zuständigkeitsgrenzen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte erforderlich gemacht. Es wird in einem Gesetzentwurf vorgelegt, der dem Reichstag vorgelegt ist. Die Gewerbegerichte sollen für Arbeiter, wie bisher, ohne Höchstgrenze, für Vertriebsbeamte, Wirtschaftler und Techniker bis zu einem Jahresverdienst von 500 000 M. (bisher 100 000 Mark) zuständig werden; ebenso die Kaufmannsgerichte für Handlungsgeschäfte. Die Berufungsgrenze ist von jetzt 5000 (bei den Kaufmannsgerichten 6000) auf 20 000 M. heraufgesetzt. Auch die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte wird verändert werden müssen. Die Deutschnationalen haben bereits einen Antrag auf Erhebung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit in ver-



Die Liberalen Altdorf Georgies haben nur 72 Stimm gegenüber 121 erhalten, während die Liberalen Altdorf geühts eine kleine Verbesserung von 32 gegenüber 34 Stimmen zu verzeichnen haben. Von den weiblichen Kandidaten wurden nur drei gewählt.

### Die Hoffnungen der Arbeiterpartei.

Die Arbeiterpartei veröffentlicht jetzt sofort nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses eine Erklärung, in der sie u. a. sagt, daß der Wahlsieg der Arbeiterpartei größer sei, als der jeder anderen Partei. Die eroberten Sitze seien auf eine weite Fläche verteilt, so daß man heute nicht mehr sagen kann, die ganze Kraft der Arbeiterpartei liege in einigen Industrieregionen. Die Arbeiterpartei sei das politische Erbe der Radikalen. Es gäbe für die Zukunft nur zwei Möglichkeiten: entweder eine konservative oder eine Arbeiterregierung. Auch den Frauen hätte die Arbeiterpartei viele Sitze zu verdanken. Zum Schluß der Erklärung wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß bei den nächsten Wahlen die Arbeiterpartei die konservativen übertrumpfen werde.

### Hausliche Angelegenheiten.

Aus dem Reichstag. — Berlin, den 18. November.

Die heutige Sitzung des Reichstages war kurz und schmerzlos. Sie nahm ein vorzeitiges Ende durch Feststellung der Beschlußfähigkeit. Zunächst wurde ein von allen Parteien eingehender Gesetzentwurf, wonach bei Wahlen Beiträge für die im Interesse der